

# Freies Wort

Erschienen am 27.09.2011    Ressort Hildburghausen Lokal

---

## Czapla: Keine Tabus beim Sparen

**Die Wohnungsgesellschaft Hildburghausen wird weiterhin das Werra Sport- und Freizeitbad betreiben.**

**Ein gemeinsamer Antrag von Freien Wählern und Feuerwehr im Stadtrat, den Vertrag zu kündigen, fand nicht die nötige Mehrheit.**

Von Waltraud Nagel

**Hildburghausen.** Rund 14 300 Euro wollten die Fraktionen der Freien Wähler und der Feuerwehr ab dem kommenden Jahr im städtischen Haushalt einsparen.

Das ist die Summe, die derzeit laut Vertrag der Wohnungsgesellschaft Hildburghausen (Woge) für die Betreuung des Werra Sport- und Freizeitbades aus dem Stadthaushalt gezahlt wird.

Angesichts der zu erwartenden drastischen Kürzung der finanziellen Zuweisungen vom Land und kaum steigender Gewerbesteuereinnahmen dürfe es keine Tabus mehr beim Sparen geben, so Frank-Michael Czapla, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler.

Es gehe nicht darum, das Bad zu schließen oder Einschränkungen im Badebetrieb vorzunehmen. Vielmehr seien Freie Wähler und Feuerwehr der Auffassung, dass das Bad auch von der Stadtverwaltung mit betrieben werden könne.

Bis zum Bad-Leiter würden die Beschäftigten ohnehin von der Stadt bezahlt. Als "Mittler zwischen Personal und Verwaltung" ist ihrer Auffassung die Wohnungsgesellschaft nicht unbedingt nötig.

Da der Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Woge nur zum 30. September eines Kalenderjahres gekündigt werden kann, war der Antrag der beiden Fraktionen in der Septembersitzung des Stadtrates gestellt worden - ohne ihn vorher in den Ausschüssen zu beraten.

### Kein Bad mit Schickimicki

Brigitte Wütscher (CDU) äußerte in der Diskussion als erste ihre Bedenken: "Ich halte es für schwierig, etwas abzuschaffen, was gut läuft, ohne zu wissen, ob die Alternative auch funktioniert." Sie glaube nicht, dass die Verwaltung diese zusätzliche Aufgabe einfach mit schultern könne. "Das ist kein Bad mit viel Schickimicki, aber es besticht durch Sauberkeit und Hygiene", so Wütscher. Wenn der Vertrag gekündigt werden sollte, müsste zumindest schon ein Konzept vorliegen, wie diese Kompetenz erhalten werden solle.

Auch Stephan Tief von der Hildburghäuser Bürgerunion verweigerte seine Zustimmung. Er sei oft im Bad und könne einschätzen, wie gut es sich entwickelt habe, seit die Woge Betreiber sei. Es werde von der Woge und ihrem Geschäftsführer Bernd Klering wirklich viel Zeit und Engagement reingesteckt.

Mathias Günther (Linkspartei) plädierte dafür, dass sich die Ausschüsse tiefgründiger mit dem Thema beschäftigen. "Das Problem ist: Die Leistungen müssen trotzdem erbracht werden. Und in der Verwaltung wollen wir Personal einsparen."

Ralf Bumann hob zunächst den positiven Aspekt des Antrags hervor. Es sei auf jeden Fall gut, dass Fraktionen sich Gedanken um die Haushaltsmittel machten. Andererseits müsse gefragt werden, wie das Einsparpotenzial realisiert werde. Eine halbe Verwaltungsstelle

werde dafür sicher in Anspruch genommen und die koste mehr als 14 000 Euro.  
Wie Günther zog er den Vergleich, als noch die damalige Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) das Bad betrieb. Dass sich seitdem im Hallen- wie im Freibad viel getan habe, dass es Pläne zur Entwicklung gebe, könne keiner in Abrede stellen.

Das wolle man auch nicht, hakte Eberhard Wiener (Feuerwehr) ein. Es solle sich ja nichts verschlechtern. Nur die Buchhaltung könne doch die Verwaltung übernehmen. Und auch Stadträtin Waltraud Lange von den Freien Wählern unterstrich noch einmal: "200 000 Euro Einnahmen und 600 000 Euro Kosten. Da muss man doch handeln!"

### **Antrag wurde abgelehnt**

Bei den Kosten seien auch die Abschreibungen mit drin, relativierte Bürgermeister Steffen Harzer. Er gab außerdem zu bedenken, dass die Verwaltung diese Aufgabe nicht "nebenher erledigen" könne. "Das geht auf die Knochen der Leute und auf die Qualität der Arbeit im Bad." Zudem seien im Bad Anlagen zu warten. Solche Techniker haben wir im Bauhof nicht. "Da müssten wir externe Firmen nehmen. Das würde unterm Strich noch teurer." Harzer sprach sich dafür aus, den bestehenden Vertrag beizubehalten.

Die darauf folgende Abstimmung war eindeutig: Sieben Stadträte stimmten für eine Kündigung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Woge, 14 dagegen, einer enthielt sich der Stimme.